

## Auszug aus dem substanziellen Protokoll 173. Ratssitzung vom 15. November 2017

### 3473. 2017/295 Weisung vom 06.09.2017: Finanzverwaltung, Zusatzkredite II. Serie 2017

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

1. Für das Jahr 2017 werden gemäss der vorstehenden detaillierten Zusammenstellung zusammenfassend folgende Zusatzkredite II. Serie bewilligt:

Art	Laufende Rechnung Fr.	Investitions- rechnung Fr.
1. Zusatzkredite	16 506 900	5 820 000
2. Kreditübertragungen	+1 524 600 -1 524 600	+650 000 -650 000
Zusatzkredite brutto	16 506 900	5 820 000

2. Es wird davon Kenntnis genommen, dass

	Laufende Rechnung Fr.	Investitions- rechnung Fr.
– den Zusatzkrediten von	16 506 900	5 820 000
– den Kreditübertragungen von	+1 524 600	+650 000
auf anderen Konten gegenüberstehen:		
– verursachte Minderaufwendungen bzw. Minderausgaben aus den Kreditübertragungen von	-1 524 600	-650 000
– Minderaufwendungen / Mehrerträge bzw. Minderausgaben / Mehreinnahmen aus den Zusatzkrediten von	-7 600 000	-90 000
sodass sich Netto-Mehrausgaben ergeben von	8 906 900	5 730 000

2 / 15

Eintretensdebatte:

Namens der Rechnungsprüfungskommission (RPK) stellt der Präsident Walter Angst (AL) die Weisung zu den Zusatzkrediten II. Serie 2017 vor.

**Walter Angst (AL):** *Der Antrag des Stadtrats ist überschaubar. Einer der grössten Posten sind Mehrausgaben von rund 10 Millionen Franken, mit denen die Sozialen Dienste (SOD) wegen der konjunkturellen Entwicklung bei der wirtschaftlichen Sozialhilfe rechnen. Es ist nachvollziehbar und richtig, diese Zahl nachträglich im Budget einzustellen. Sämtliche Zusatzkredite, mit den entsprechenden Anpassungen, sind nötig.*

Kommissionsminderheit:

**Stefan Urech (SVP):** *Für die SVP-Fraktion ist die Behandlung der Zusatzkredite II. Serie besonders frustrierend. Seit mehreren Wochen brütet die Fraktion intensiv über dem Budgetbuch, um hier und dort noch ein paar tausend Franken aufzuspüren in der Hoffnung, dadurch das strukturelle Defizit der Stadt Zürich irgendwann beheben zu können. Die 16 Millionen Franken Zusatzkredite sind für die SVP-Fraktion ein Schlag ins Gesicht. 11 Millionen Franken sind auf die rot-grüne Willkommenskultur zurückzuführen. Die SVP warnt seit Jahren vor den finanziellen Auswüchsen der Sozial- und Asylindustrie, sie stellt zu jedem Zusatzkredit einen Ablehnungsantrag und lehnt die Zusatzkredite insgesamt ab.*

Weitere Wortmeldungen:

**Walter Angst (AL):** *Die Anpassungen des Budgets sind überwiegend aufgrund gebundener Ausgaben notwendig – es geht um die Nachführung des Budgets, um Budgetwahrheit. Es handelt sich nicht um neue Aufgaben, ebensowenig führt das Handeln der Verwaltung zu höheren Ausgaben. Im Detail können die Anträge noch beraten werden. Die RPK hat die Aufgabe, das Budget an die gebundenen Ausgaben anzupassen.*

**Michael Baumer (FDP):** *Für die FDP-Fraktion ist klar, dass sie den mehr oder weniger gebundenen Zusatzkrediten zustimmt, damit das Budget korrekt ausgewiesen werden kann. Das heisst aber nicht, dass sie mit diesem Vorgehen immer einverstanden wäre, insbesondere prospektiv gesehen. Der Handlungsspielraum innerhalb des Jahres ist nötig, um auf Schwankungen reagieren zu können, deshalb ist es bedenklich, wenn ein Budget bereits negativ präsentiert wird.*

**Stefan Urech (SVP):** *Das Verhalten der Verwaltung hat sehr wohl einen Einfluss auf die Höhe der Zusatzkredite. Wenn es sich um gebundene, um zwingende Ausgaben handelt, fragt sich, warum der Gemeinderat überhaupt noch darüber abstimmen muss.*

Eintreten ist unbestritten.

Die RPK beantragt, die Zusatzkredite II. Serie 2017 des Stadtrats unter Berücksichtigung der folgenden Änderungen (Anträge der RPK zu Dispositivziffer 1) zu genehmigen:

2.1 Ordentliche Zusatzkredite  
Antrag 1)

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Walter Angst (AL):** Bei Abfindungen für unverschuldete Entlassungen handelt es sich um Entscheidungen, die von den Dienstabteilungen aufgrund des städtischen Personalreglements gefällt werden. Im Budget wird jeweils 1 Million Franken eingestellt, und mit den ZK II beantragt die Verwaltung einen Nachtrag. Bei der Prüfung des Antrags hat die RPK festgestellt, dass von den 604 200 Franken real nur 131 000 Franken ausgezahlt werden, denn verschiedene erwartete Abfindungen werden nicht fällig, u. a. im Departement der Industriellen Betriebe (DIB). Die Abfindungen sind aufgrund personalrechtlicher Vereinbarungen, die bereits geschlossen wurden, zu zahlen – die Stadt Zürich ist diese Verpflichtungen eingegangen. Dies ist ein typisches Beispiel dafür, dass das Budget im Sinne einer korrekten Budgetierung nachgeführt werden muss. An dieser Stelle macht es wenig Sinn, irgendwelche personalpolitischen Signale auszusenden. Wenn ich es richtig wahrgenommen habe, ist nun die Antwort auf eine Motion der RPK auf der Zielgeraden; in diesem Zusammenhang kann diskutiert werden, ob die Personen eher weiterbeschäftigt, statt mit Abfindungen entlassen werden sollten.

**Florian Utz (SP):** Die Minderheit war überrascht über die Gründe für die unverschuldeten Entlassungen, die zu Abfindungen geführt haben, insbesondere im Tiefbau- und Entsorgungsdepartement (TED), wo es rein infolge von Reorganisation zu Abfindungen kam. Es ist Aufgabe der Stadtverwaltung, für diese Leute intern eine neue Stelle zu suchen – das ist nicht nur für die Betroffenen besser, sondern auch für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Dasselbe gilt bei unverschuldeten Entlassungen infolge gesundheitlicher Probleme: Wenn jemand krank wird, soll das Case Management nach einer Lösung suchen – das ist nicht nur für die betroffenen Angestellten würdevoller, sondern auch günstiger, weil nicht zuerst eine Abfindung, nachher Arbeitslosenversicherungsgeld und am Schluss noch Sozialhilfe gezahlt werden muss. Die Verträge sind unterschrieben, und es ist unbestritten, dass das Geld am Schluss gezahlt wird. Insofern hat dieser Antrag nicht mehr Wirkung als ein Postulat, aber: Es ist richtig und wichtig, an das DIB und das Sicherheitsdepartement (SID), wo gesundheitliche Probleme zu Abfindungen geführt haben, sowie Richtung TED ein Signal auszusenden.

Weitere Wortmeldungen:

**Christian Traber (CVP):** Die CVP wird in der Regel mit der Mehrheit stimmen, ausser bei Antrag 8, wo sie mit der Minderheit 1 stimmen wird. Die Abfindungen für unverschuldete Entlassungen sind Tatsache; die Verträge sind unterzeichnet, die

*Ansprüche bestehen.*

**Michael Baumer (FDP):** *Die Abfindungen für unverschuldete Entlassungen sind im Grundsatz schwierig, deshalb hat die RPK ja auch eine entsprechende Motion eingereicht. Ich bin erstaunt, dass die SP das Geld zwar bewilligen will, aber nicht im Budget, sondern dann einfach in der Rechnung. Natürlich sollten Abfindungen möglichst vermieden werden, aber der Stadtrat braucht einen gewissen Handlungsspielraum. Nicht alle Probleme können gelöst werden, indem die Leute anderswo in der Stadtverwaltung beschäftigt werden. Es geht hier um einzelne Abfindungen.*

**Felix Moser (Grüne):** *Ich bin ebenfalls sehr irritiert über die Haltung der SP. Es geht um unterschriebene Verträge; die ehemaligen Mitarbeitenden der Stadt Zürich haben ein Anrecht auf das Geld. Es ist eine Behauptung, das Case Management habe sich nicht eingeschaltet – danach haben wir gar nicht gefragt.*

**Shaibal Roy (GLP):** *Das Geld steht den Leuten zu und muss von der Stadt Zürich ausgezahlt werden. Würde sich die GLP dem Bündnis aus SP und SVP anschliessen und eine Mehrheit generieren, würde der Gemeinderat seine Aufgabe nicht erfüllen. Seine Aufgabe ist es zu prüfen, welcher Betrag tatsächlich ausgezahlt werden muss. Die RPK hat diese Überprüfung vorgenommen und den Betrag entsprechend angepasst. Die 131 000 Franken müssen gesprochen werden.*

**Stefan Urech (SVP):** *Es kann sein, dass die Stadt Zürich aufgrund vertraglicher Verpflichtungen etwas «muss», aber der Gemeinderat muss überhaupt nichts. Wir können eine Budgetüberschreitung verlangen, dann ist es auch ausgewiesen.*

**Alan David Sangines (SP):** *Die Grünen haben gemeinsam mit der SP im November 2016 eine Motion eingereicht, die fordert, dass städtische Mitarbeitende, die aufgrund ihrer persönlichen Situation (Krankheit, Unfall, Alter) ihre vollen Arbeitsleistungen nicht mehr erbringen können, trotzdem weiterbeschäftigt werden. Dieser Auftrag wurde dem Stadtrat überwiesen, deshalb erwarten wir, dass detailliert Auskunft darüber gegeben wird, was alles unternommen wurde – die Antworten stehen unter Geheimhaltung. Hätten wir den Begründungen entnehmen können, dass es keine anderen Optionen gab, wäre es etwas anderes. Aber die Antworten haben uns nicht befriedigt. Wenn es schon solche Fälle gibt, bitten wir den Stadtrat, der RPK ausführlich die Gründe darzulegen. Zudem finden wir nicht, dass die politische Prioritätensetzung richtig ist, wenn einfach Leute «wegreorganisiert» werden. Es ist unser gutes Recht, ein Zeichen zu setzen und den Zusatzkredit abzulehnen.*

**Florian Utz (SP):** *Die Leute auf der Strasse erwarten vom Gemeinderat zu Recht, dass er Sachpolitik macht. Es spielt also keine Rolle, aus welchen Fraktionen sich ein «Bündnis» zusammensetzt. Dies entspricht auch meiner persönlichen Haltung. Der Gemeinderat betreibt keinen reinen Vollzug von Budgetzahlen, sondern er ist auch dazu da, Politik zu machen.*

**Felix Moser (Grüne):** Wer nicht fragt, bekommt auch keine Antwort. Wir stehen nach wie vor hinter der erwähnten Motion, das ändert aber nichts daran, dass unterschriebene Vereinbarungen vorliegen, und das Geld daher ausgezahlt werden muss.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

**STR Daniel Leupi:** Ich danke für das Verständnis bezüglich der relativ grossen Diskrepanz zwischen dem von den Dienstabteilungen eingestellten Betrag und dem Betrag, der nach den Rückfragen noch übrigbleibt. Die Vorstellung davon, was das Case Management alles leisten soll, oder was eine Motion, die noch in Bearbeitung ist, für eine Vorwirkung haben sollte, ist weltfremd. Signale können unterschiedlich wirken. Mit diesem Antrag signalisiert die SP letztlich, das Parlament müsse das Personalrecht nicht beachten. Der Antrag der Mehrheit entspricht der Realität.

S. 1	10 1060 3010 0850	Behörden und Gesamtverwaltung Gesamtverwaltung Abfindungen für unverschuldete Entlassungen		
1)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	604 200		
	Neu 1 Verbesserung 1	131 000 473 200	Mehrheit	Präsident Walter Angst (AL), Referent; Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Raphaël Tschanz (FDP)
	Begründung 1	Nur ausstehende Zahlungen bewilligen.		
	Neu 2 Verbesserung 2	0 604 200	Minderheit	Florian Utz (SP), Referent; Dorothea Frei (SP), Alan David Sangines (SP), Peter Schick (SVP), Stefan Urech (SVP)
	Begründung 2	Personal bei Reorganisationen und gesundheitlichen Problemen vermehrt in neuer Funktion weiterbeschäftigen statt abfinden.		
			Abwesend	Christian Traber (CVP)

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge) und gemäss Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Antrag Stadtrat	(604 200)	0 Stimmen
Antrag Mehrheit	(131 000)	57 Stimmen
Antrag Minderheit	(0)	<u>57 Stimmen</u>
Total		114 Stimmen
= absolutes Mehr		58 Stimmen

Keiner der Anträge erhält das absolute Mehr; für die 2. Abstimmung ist der Antrag Stadtrat ausgeschieden.

2. Abstimmung:

Dem Antrag der Mehrheit wird mit 58 gegen 57 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zugestimmt. Gemäss Art. 36<sup>bis</sup> Abs. 2 GeschO GR wird zur Ermittlung des Quorums der Ausgabenbremse über den Antrag der Mehrheit erneut abgestimmt.

Dem Antrag der Mehrheit wird mit 58 gegen 57 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zugestimmt. Der Antrag scheitert jedoch am Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse. Damit wird der Zusatzkredit nicht bewilligt.

Antrag 2)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Stefan Urech (SVP):** Die 170 000 Franken werden begründet mit «Überbrückungszuschüsse infolge nicht geplanter vorzeitiger Altersrücktritte» – dieser Antrag taucht in den Zusatzkrediten immer wieder auf. In grossen Unternehmen müssen die Angestellten jedes Jahr angeben, wann sie zurücktreten wollen und sollten sie plötzlich vorzeitig zurücktreten, erhalten sie sicher keine Überbrückungszuschüsse. Wir bitten den Stadtrat, ein System zur besseren Planung von Altersrücktritten auszuarbeiten.

**Florian Utz (SP):** Es geht um zwei ungeplante vorzeitige Altersrücktritte. Einer der Angestellten wollte ursprünglich 2019 zurücktreten, jetzt ist es aber doch bereits 2017 so weit – das kann vorkommen. Hier gilt das aktuelle Personalrecht, und im Gegensatz zum vorangegangenen Zusatzkredit besteht kein Spielraum: Der Betrag muss gezahlt werden.

S. 2	25 2525 3040 0000	Sicherheitsdepartement Stadtrichteramt Personalversicherungsbeiträge		
2)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	170 000	Mehrheit	Florian Utz (SP), Referent; Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sanges (SP)
	Neu	0	Minderheit	Stefan Urech (SVP), Referent; Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Peter Schick (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			Abwesend	Christian Traber (CVP)
	Verbesserung	170 000		

7 / 15

	Begründung	System ausarbeiten, mit welchem Altersrücktritte besser planbar werden.
--	------------	---

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 77 gegen 39 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 3)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Stefan Urech (SVP):** *Aus der Begründung geht nicht hervor, wie trotz eines ganzen Teams, das eine Organisationsentwicklung erarbeitet, ein solch grosser Fehler geschehen kann. Es wurde falsch budgetiert, und wir hätten mindestens eine Kreditübertragung erwartet, damit es an einer anderen Stelle wiedergutmacht werden könnte. Wir können nicht hinnehmen, dass zwar eine Organisationsentwicklung angedacht, die Budgetierung aber fahrlässig angegangen wird.*

**Alan David Sangines (SP):** *Die RPK hat dazu mehrere Fragen gestellt. Aufgrund einer Organisationsentwicklung im Schulamt (SAM) wurden die Kostenstellenstruktur und Budgetpositionen verschoben und die Zuständigkeit für die Budgetierung wurde von der Abteilung Lehren und Lernen in den Bereich Infrastruktur verschoben. Dies tönt aufgrund der Antworten sinnvoll, und es kann vorkommen, dass einmal falsch budgetiert wird. Der Zusatzkredit scheint gerechtfertigt.*

S. 3	50 5010 3181 0000	Schul- und Sportdepartement Schulamt Post- und Telekommunikationsgebühren		
3)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	70 000	Mehrheit	Alan David Sangines (SP), Referent; Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Stefan Urech (SVP), Referent; Peter Schick (SVP)
			Abwesend	Christian Traber (CVP)
	Verbesserung	70 000		
	Begründung	Richtig budgetieren.		

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 97 gegen 19 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 4)

Kommissionsreferent:

**Alan David Sangines (SP):** *Es gibt mehr Schülerinnen und Schüler am Langzeitgymnasium, und gemäss Mittelschulgesetz und -verordnung (413.21, 413.211) müssen die Gemeinden einen Teil an die Kosten für das Langzeitgymnasium zahlen, wenn die Freigrenze über 5 Prozent liegt. Laut Schul- und Sportdepartement (SSD) sind nur 440 500 Franken nötig.*

S. 3	50 5010 3610 0000	Schul- und Sportdepartement Schulamt Beiträge an Kanton		
4)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	1 300 000		
	Neu	440 500	Zustimmung	Alan David Sangines (SP), Referent; Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Peter Schick (SVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP), Florian Utz (SP)
			Abwesend	Christian Traber (CVP)
	Verbesserung	859 500		
	Begründung	Kürzung gemäss Antwort Schulamt, 1. Lesung: Tieferer Kostenansatz des Kantons.		

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 115 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 5)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Stefan Urech (SVP):** *Die 104 300 Franken werden mit einer erhöhten Nachfrage am Jobkarten-Angebot begründet. Die Arbeitsintegration der Stadt Zürich preist die Förderung von Arbeitsintegration, doch einer der nächsten Anträge zeigt genau das Gegenteil; dass es nämlich immer mehr Sozialfälle gibt. Es geht hier nicht um Leute, die IV-Renten erhalten, sondern um Leute mit Sozialhilfe.*

**Felix Moser (Grüne):** *Das Jobkarten-Angebot richtet sich u. a. auch an IV-Bezügerinnen und -Bezüger. Die Nachfrage nach Jobkarten ist einfach grösser geworden, deshalb braucht es mehr Geld, um die Mittagessen und den kleinen Lohn (sechs Franken pro Stunde) zahlen zu können. Der Zusatzkredit ist begründet.*



Weitere Wortmeldungen:

**Stefan Urech (SVP):** Auf der Website der Arbeitsintegration der Stadt Zürich steht ganz klar, dass «alle Erwachsenen, die von der Stadt Zürich finanziell unterstützt werden, d. h. Sozialhilfe oder Zusatzleistungen zur Invalidenversicherung beziehen und keiner anderen Arbeit nachgehen», Anrecht auf eine Jobkarte haben. Es geht also überhaupt nicht nur um Personen, die eine IV-Rente beziehen.

**Michael Baumer (FDP):** Die FDP wird mit der Minderheit stimmen, denn in diesem Bereich muss das Budget genügen. Wenn man weitergehen möchte, müssten die Bestimmungen angepasst werden.

S. 3	55 5500 3630 0000	Sozialdepartement Sozialdepartement Zentrale Verwaltung Beiträge an eigene Unternehmungen		
5)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	104 300	Mehrheit	Felix Moser (Grüne), Referent; Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Stefan Urech (SVP), Referent; Peter Schick (SVP)
			Enthaltung	Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)
			Abwesend	Christian Traber (CVP)
	Verbesserung	104 300		
	Begründung	Jobkarten-Angebot nicht zusätzlich fördern.		

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 77 gegen 39 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 6)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Stefan Urech (SVP):** Vor etwas mehr als einem Jahr wurde über die Asylgesetzrevision abgestimmt, und es hiess, dank Gratisanwälten würden die Verfahren beschleunigt. Dieses Argument hat überzeugt, die SVP hat die Abstimmung verloren. Der Zusatzkredit wird nun aber wie folgt begründet: «Die längere durchschnittliche Dauer der Asylverfahren, entgegen der Annahme bei der Budgetierung, führt zu steigenden Fallzahlen und somit zu höheren Kosten in der Asylfürsorge.» Auch über das Asylzentrum auf dem Duttweiler-Areal wurde abgestimmt, und auch dort lautete das

*Hauptargument: schnellere Verfahren. Aber solange das Anreizsystem nicht heruntergefahren wird, wird es längere Verfahren und Mehrkosten geben.*

**Felix Moser (Grüne):** *Auf die Dauer der Asylverfahren hat die Stadt Zürich keinen grossen Einfluss, das liegt grundsätzlich in der Hand des Bundes. In den Antworten hiess es, dass zuerst die einfachen, schnellen Fälle behandelt wurden, weshalb nun in diesem Jahr mehr schwierige Fälle übrig sind, wodurch die durchschnittliche Verfahrensdauer länger ist. Daraus kann aber nicht geschlossen werden, die Verfahrensdauer sei im Gesamten länger geworden. Die Anzahl der Fälle ist gleich geblieben; die Abnahme bei der Wirtschaftlichen Hilfe wird durch die Zunahme bei der Asylfürsorge gerade aufgehoben.*

Weitere Wortmeldungen:

**Michael Baumer (FDP):** *Die steigenden Zahlen zeigen, dass die Attraktivität eines Landes für Asylsuchende Auswirkungen hat. Aus der Antwort geht klar hervor, dass die Kostenzunahme auf steigende Fallzahlen 2015 und 2016 zurückzuführen ist. Die Stadt Zürich hat aber keinen Einfluss auf die Länge der Verfahren und ist somit nicht schuld, dass es so lange dauert. Mit den neuen Asylzentren hat es auch nichts zu tun, denn diese werden direkt vom Bund finanziert.*

**Walter Angst (AL):** *In den Jahren 2015 und 2016 gab es eine Flüchtlingskrise, wovon die Schweiz im Vergleich zu den umliegenden Staaten kaum betroffen war. Es ist zynisch zu sagen, die Schweiz sei so attraktiv, dass alle Flüchtlinge hierherkämen. Die sogenannte Beschleunigung bezieht sich nur auf Verfahren, in denen die Personen schnell abgewiesen werden. Das Versprechen, die Verfahren auch für jene, die sowieso hierbleiben dürfen, zu beschleunigen, wurde aber nicht eingehalten und dadurch wird die Integration behindert. Deshalb habe ich die Asylgesetzrevision abgelehnt.*

**Michael Baumer (FDP):** *Wenn es mehr Asylsuchende gibt, steigen die Zahlen. Dass es in der Schweiz weniger Fälle sind als z. B. in Deutschland, ändert nichts an dieser Aussage.*

**Stefan Urech (SVP):** *Es handelt sich nicht um eine Interpretation der SVP, sondern es steht schwarz auf weiss geschrieben, dass die Asylverfahren, entgegen der Annahme, insgesamt länger sind. Die Analyse von Felix Moser (Grüne) mag zutreffen. Uns wurde aber versprochen, dass die Verfahren insgesamt schneller werden. Es hilft auch nicht, zu sagen, es sei Sache des Bundes. Der Gemeinderat muss den realitätsbeschönigenden Zusatzkredit nicht sprechen; wenn das Budget überschritten wird, können wir noch mal darüber sprechen.*

**Alan David Sangines (SP):** *Es gilt zu berücksichtigen: 1. Letztes Jahr gab es in mehreren Bereichen des Asylwesens Praxisänderungen, auch länderbezogen, die automatisch zu längeren Verfahren führen. 2. Die Verfahren jener Asylsuchenden, die nicht hierbleiben dürfen, werden schneller abgewickelt und dann auch nicht mehr von der Stadt Zürich finanziert. 3. In den Testzentren sind die Verfahren beschleunigt, aber*

alle anderen Verfahren, die eben der Stadt Zürich zugewiesen werden, dauern natürlich länger. Deshalb will man ja möglichst alle Fälle über die Bundeszentren abwickeln. Da die Asylzahlen der Schweiz 2017 so tief sind wie seit zehn Jahren nicht mehr, ist es absurd, eine Korrelation zur Attraktivität des Landes herzustellen.

S. 4	55 5500 3660 0350	Sozialdepartement Sozialdepartement Zentrale Verwaltung Beiträge an Asyl-Organisation Zürich: Asylfürsorge und Wirtschaftliche Hilfe		
6)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	1 104 400	Mehrheit	Felix Moser (Grüne), Referent; Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Stefan Urech (SVP), Referent; Peter Schick (SVP)
			Abwesend	Christian Traber (CVP)
	Verbesserung	1 104 400		
	Begründung	Asylverfahren wie versprochen beschleunigen.		

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 96 gegen 18 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

## 2.2 Ordentliche Kreditübertragungen Antrag 8)

Kommissionsmehrheit,-minderheiten:

**Florian Utz (SP):** Die 700 000 Franken sind gut begründet, können aber nicht in dieser Form gesprochen werden, denn es besteht kein innerer Zusammenhang zwischen den zur Übertragung beantragten Krediten. Wir möchten das Geld aber grundsätzlich sprechen, deshalb soll der Stadtrat den wohlbegründeten Zusatzkredit erhalten, die Reduktion auf Konto 3010 soll aber nicht vorgenommen werden.

**Stefan Urech (SVP):** Wir bitten den Stadtrat, ein System auszuarbeiten, um nicht geplante vorzeitige Altersrücktritte frühzeitig erkennen und Zusatzkosten vermeiden zu können.

**Michael Baumer (FDP):** Es soll bei der Kreditübertragung belassen werden, denn wenn man aus bestimmten Gründen mehr Geld ausgeben muss, ist es richtig, dass auch aufgezeigt wird, wo dieses Geld eingespart werden kann. Gemäss den Antworten obliegt es dem Budgetorgan, festzulegen, ob ein innerer Zusammenhang besteht oder nicht. Wir

12 / 15

*möchten den inneren Zusammenhang sehen.*

Weitere Wortmeldung:

**Walter Angst (AL):** Zu den Einsparungen kam es, weil der zusätzliche Sanitätswagen mangels Personal nicht besetzt werden konnte.

S. 4	25 2550 von 3010 0000 nach 3040 0000	Sicherheitsdepartement Schutz und Rettung Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals Personalversicherungsbeiträge		
8)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	700 000	Minderheit 1	Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Referent; Raphaël Tschanz (FDP)
	Neu 1	0	Minderheit 2	Stefan Urech (SVP), Referent; Peter Schick (SVP)
	Begründung 1	System ausarbeiten, mit welchem Altersrücktritte besser planbar werden.		
	25 2550 3040 0000	Sicherheitsdepartement Schutz und Rettung Personalversicherungsbeiträge		
	Antrag Stadtrat	0		
	Neu 2	700 000	Mehrheit	Florian Utz (SP), Referent; Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP)
	Verschlechterung 2	700 000		
	Begründung 2	Die Reduktion auf Konto 2550, 3010 0000 um minus Fr. 700 000 auf neu Fr. 67 216 500 wird nicht bewilligt. Die Kreditübertragung wird in einen Zusatzkredit zu Konto 2550, 3040 0000 umgewandelt, plus Fr. 700 000, Budget neu Fr. 8 724 200.		
			Abwesend	Christian Traber (CVP)

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge) und gemäss Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Antrag Stadtrat / Minderheit 1	(700 000)	25 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(0)	19 Stimmen
Antrag Mehrheit	(700 000)	<u>71 Stimmen</u>
Total		115 Stimmen
= absolutes Mehr		58 Stimmen

13 / 15

Damit ist dem Antrag der Mehrheit mit 71 Stimmen zugestimmt, womit das Quorum von 58 Stimmen für die gleichgeordneten Anträge und von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht ist.

Antrag 7)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Stefan Urech (SVP):** Die SVP weist seit Jahren auf die Gefahren einer aufgeblähten Sozialindustrie hin. Mehr Anreize bedeuten mehr Fälle. STR Raphael Golta sagte in der NZZ vom 31. Oktober 2017: «Wir haben ein gesellschaftliches Problem mit Geringqualifizierten.» Warum hilft die SP dann nicht endlich mit, die Einwanderung solch geringqualifizierter Leute in die Schweiz zu beschränken? Im gleichen Interview geht es auch um Sanktionen, die neu abgeschafft werden sollen, es heisst: «Wir akzeptieren, dass nicht alle einen Platz finden im Arbeitsmarkt.» Hier könnte man jetzt wieder sagen, es handle sich um gebundene Ausgaben, dabei ist es eine Einstellungsfrage. Angesichts des Anstiegs um mehr als 500 Fälle haben wir gefragt, ob die Sozialdetektive entsprechend wieder mehr Kontrollen machen. Die Antwort: Es muss erst die Antwort aus Brüssel abgewartet werden.

**Felix Moser (Grüne):** Es ist mir nicht bekannt, dass in den letzten Jahren die Sozialhilfe attraktiver geworden wäre. Dass es mehr arme Leute gibt, hängt eher mit der wirtschaftlichen Situation zusammen. Die durchschnittliche Bezugsquote ist aber gesunken. Was Stefan Urech (SVP) als «Sozialindustrie» bezeichnet, sind z. B. die Bereiche Wohnen und Krankenkasse – daher müsste eher allenfalls von Kranken- oder Immobilienindustrie die Rede sein. Der Zusatzkredit ist gut begründet. Die Fallkosten sinken, die Fälle nehmen zu, bis Ende Jahr braucht es ungefähr den geschätzten Betrag.

Weitere Wortmeldung:

**Michael Baumer (FDP):** In diesem Antrag geht es um das Budget 2017, sodass die von STR Raphael Golta geplanten Änderungen noch nicht greifen. Mehr Fallzahlen bewirken steigende Sozialhilfekosten, wobei die Fallkosten sogar gesunken sind. Es ist noch offen, wie sich die angekündigten Sanktionsreduktionen auswirken werden. Die FDP ist sehr skeptisch, ob das ohne Kompensationsmassnahmen akzeptiert werden kann. Das heutige System scheint zu funktionieren, auch wenn es einzelne Fälle geben mag, die administrativ zu aufwendig sind, jedoch nicht im angekündigten Ausmass.

**Stefan Urech (SVP):** Auf diese Aussagen komme ich gerne zurück, erstens dann, wenn die Interpellation von Dubravko Sinovcic (SVP) und mir zur erwähnten Sanktionsabschaffung im Sozialwesen behandelt wird, und zweitens im Rahmen der Budgetberatung. Felix Moser (Grüne) hat gesagt, es werde mit einer schlechteren wirtschaftlichen Ausgangslage gerechnet, dabei geht man im AFP Jahr für Jahr von Rekordsteuereinnahmen aus und kommt trotzdem auf 200 Millionen Franken.

14 / 15

S. 4	55 5550 3660 0000	Sozialdepartement Soziale Dienste Beiträge an Private		
7)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	10 750 000	Mehrheit	Felix Moser (Grüne), Referent; Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Stefan Urech (SVP), Referent; Peter Schick (SVP)
			Abwesend	Christian Traber (CVP)
	Verbesserung	10 750 000		
	Begründung	Weniger Anreize in der Sozialindustrie würden für tiefere Fallzahlen sorgen.		

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 95 gegen 19 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Schlussabstimmung über die bereinigten Dispositivziffern 1–2

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zu den bereinigten Dispositivziffern 1–2.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der bereinigten Dispositivziffern 1–2.

Mehrheit: Präsident Walter Angst (AL), Referent; Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)  
Minderheit: Stefan Urech (SVP), Referent; Peter Schick (SVP)  
Abwesend: Christian Traber (CVP)

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 92 gegen 19 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Damit ist beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:

1. Für das Jahr 2017 werden gemäss der vorstehenden detaillierten Zusammenstellung zusammenfassend folgende Zusatzkredite II. Serie bewilligt:

15 / 15

Art	Laufende Rechnung Fr.	Investitions- rechnung Fr.
1. Zusatzkredite	15 743 200	5 820 000
2. Kreditübertragungen	+824 600 -824 600	+650 000 -650 000
Zusatzkredite brutto	15 743 200	5 820 000

2. Es wird davon Kenntnis genommen, dass

	Laufende Rechnung Fr.	Investitions- rechnung Fr.
– den Zusatzkrediten von	15 743 200	5 820 000
– den Kreditübertragungen von	+824 600	+650 000
auf anderen Konten gegenüberstehen:		
– verursachte Minderaufwendungen bzw. Min- derausgaben aus den Kreditübertragungen von	-824 600	-650 000
– Minderaufwendungen / Mehrerträge bzw. Minderausgaben / Mehreinnahmen aus den Zusatzkrediten von	-7 600 000	-90 000
sodass sich Netto-Mehrausgaben ergeben von	8 143 200	5 730 000

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 22. November 2017 gemäss  
Art. 14 der Gemeindeordnung

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat